

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Impfangebote und Testungen dringend ausbauen - Öffnungsperspektiven entwickeln

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der aktuelle Beschluss der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 22. März 2021, der im Wesentlichen bestehende Beschlüsse fortführt, ist im Hinblick auf die allgemein steigende Infektionsdynamik und der sich zunehmend verbreitenden und gefährlicheren Mutante B.1.1.7 grundsätzlich nachvollziehbar. Umso weniger ist nachvollziehbar, dass es bei den wesentlichen Stellschrauben zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, namentlich flächendeckende Testungen und zügige Impfangebote, nach wie vor erhebliche Defizite gibt. Der Landtag kritisiert insbesondere die unbefriedigende Regierungspolitik auf Bundesebene zum Nachteil der betroffenen Menschen und Betriebe. Der Landtag nimmt zudem mit Sorge zur Kenntnis, dass das Land nach anfänglichem guten Start bei den Erstimpfungen mittlerweile Schlusslicht ist.
2. Der Landtag unterstützt weiterhin alle angemessenen Maßnahmen, die auf eine Reduzierung nicht notwendiger Kontakte abzielen. Die Schließung des Lebensmitteleinzelhandels am Gründonnerstag gehört hingegen nicht dazu. Im Gegenteil, durch die Schließung droht eine weitere Konzentration des Mobilitätsverhaltens am Tag zuvor bzw. am Ostersamstag. Unabhängig davon muss der Landtag zur Kenntnis nehmen, dass erarbeitete Maßnahmen für mehr Hygiene und Sicherheit, wie Begrenzung der Kundenzahl oder die Desinfektion von Kontaktflächen, nicht flächendeckend konsequent umgesetzt werden.
3. Die derzeitigen Hilfsangebote für die Wirtschaft sind unzureichend. Es besteht ein fortgesetzter und unverzüglicher Bedarf an weiteren Hilfen. Auch vor diesem Hintergrund verunsichern aktuell versendete Hinweisschreiben des Landesförderinstituts zu möglichen Rückforderungen die Betroffenen zusätzlich.

4. Neben der Wirtschaft und Kultur benötigen auch die Träger arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für die Zeit nach Ostern dringend Öffnungsperspektiven.
5. Die Corona-Pandemie schränkt das grenzüberschreitende Leben und Arbeiten in der Metropolregion Stettin erheblich ein. Die derzeitige Testpflicht stellt darüber hinaus viele Berufspendler vor finanzielle Schwierigkeiten.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene mit Nachdruck für deutlich mehr Anstrengungen bei der Bereitstellung von Impfangeboten und flächendeckenden Testungen einzusetzen.
2. den Lebensmitteleinzelhandel am Gründonnerstag geöffnet zu lassen. Gleichzeitig ist darauf hinzuwirken, dass Maßnahmen aus bestehenden Hygiene- und Sicherheitskonzepten konsequent durchgesetzt werden.
3. für besonders geschädigte gewerbliche Unternehmen eine neue Corona-Soforthilfe auf den Weg zu bringen, die über die Erstattung von Fixkosten hinausgeht. Angehörige Freier Berufe einschließlich der Kulturschaffenden benötigen als Unterstützung eine monatliche Pauschale. Ziel ist eine schnelle und unbürokratische Hilfe in Anlehnung an die Corona-Soforthilfe aus dem Frühjahr 2020. Hinweisschreiben des Landesförderinstituts zu möglichen Rückforderungen sollen umgehend ausgesetzt werden.
4. für die Zeit nach Ostern Öffnungsperspektiven für die Träger arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zu entwickeln.
5. für Berufspendler kostenfrei Testungen anzubieten.

Simone Oldenburg und Fraktion